

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 6

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sicherungen abgeschlossen worden sind. Man hat also die gleiche Erfahrung gemacht wie bei der Einführung der staatlichen Krankenversicherung im Jahre 1955. Vielleicht verhält es sich damit so, dass es einem leichter fällt zu sparen, wenn ein fester Grund schon gelegt ist, als wenn die Zukunft ganz unsicher erscheint.‘»

Die weitere Zielsetzung für die schwedische Altersvorsorge:

«Wir rechnen damit, dass das Einkommen der alten Leute in der Zukunft so steigen wird, dass ihre Konsumationsfähigkeit der übrigen Bevölkerung im grossen Ganzen entsprechen wird. Schon heute können die Pensionäre, die in kommunalen Altersheimen wohnen, mit ihren Renten für sich selbst bezahlen und brauchen sich nicht mehr als Unterstützungsempfänger zu fühlen. Diese Altersheime verändern jetzt in raschem Tempo ihren Charakter und verbessern ihren Standard beträchtlich.

Untersuchungen und praktische Erfahrung haben uns gezeigt, dass die alten Menschen keine unzufriedene Bevölkerungsschicht mehr sind.

Es ist ganz natürlich, dass der schwedische Reichstag jetzt, wo der Kampf um die Alterspension beendet ist, intensiv den Ausbau der gesellschaftlichen Betreuung der alten Menschen auf dem Gebiete der Pflege und der Dienstleistungen diskutiert.

Der chinesische Philosoph Lin Yu Tang sagt in seinem Buch «Die Kunst, das Leben zu geniessen»: «Die Symphonie des Lebens sollte mit einem ‚grand finale‘ beendet werden, das erfüllt von Frieden, Klarheit, materiellem Komfort und geistiger Befriedigung ist.» Wir versuchen, im Wohlfahrtsstaate Schweden dieses Ziel zu verwirklichen. Aber wir haben noch einen weiten Weg vor uns.

Und die Schweiz?

Profile der Weltpolitik

Präsidentenwahlen in den USA

Im November wählt das amerikanische Volk seinen Präsidenten, den Nachfolger von Lyndon B. Johnson, der die «Grosse Gesellschaft» schaffen wollte und sich im vietnamesischen Dschungel verdingte. Er hinterlässt sein Land im Zustand einer schweren innen- und aussenpolitischen Krise. Man glaubte dem Taktiker Johnson seine Rücktrittsabsichten lange nicht, aber nachdem sich nun sein Vizepräsident Hubert Humphrey zum Kampf um die Nomination stellt, kann man annehmen, dass Johnson nicht damit spekuliert, im August auf dem Konvent der Demokraten wieder aufgestellt zu werden.

Den Primärwahlen in verschiedenen Staaten der USA kommt nur geringe Bedeutung zu, da sich nicht alle Kandidaten stellen. Humphrey im demokratischen Lager und Rockefeller bei den Republikanern setzen auf die Konvente ihrer Parteien, die letztlich für die Nomination der Kandidaten zuständig sind. Bei den Demokraten spitzt sich das Rennen zwischen Robert Kennedy und Hubert Humphrey zu, während bei den Republikanern der ehemalige Vizepräsident Richard Nixon als Favorit gilt, doch rechnet sich Neuyorks Gouverneur Rockefeller grosse Chancen aus.

Es ist durchaus möglich, dass es im November erneut zu einer Auseinandersetzung Kennedy–Nixon kommt wie 1960, als Nixon John F. Kennedy nur knapp unterlag.

Der amerikanische Wahlkampf um die Nachfolge Johnsons verläuft schon im Vorstadium spannend und wird in aller Welt mit grossem Interesse verfolgt, denn es geht nicht nur um Personen, sondern um die Weltpolitik schlechthin. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wen das amerikanische Volk ins Weisse Haus wählt, denn dieser Mann hat indirekt auch Einfluss auf unser aller Schicksal.

Friedenshoffnungen in Vietnam

Die Tatsache, dass sich die USA und Nordvietnam endlich zu Vorgesprächen zu Friedensverhandlungen in Paris bereitfanden, wurde überall mit Erleichterung aufgenommen. Denn der Krieg in Vietnam drohte immer mehr in eine Weltkatastrophe auszuarten. Die gegenseitigen Standpunkte schienen unversöhnlich. Amerikas Präsident Lyndon Johnson wollte nicht der erste US-Präsident sein, der einen Krieg verliert, die Sowjetunion liess verkünden, sie werde niemals einen amerikanischen Sieg in Vietnam zulassen. Johnson überlässt es nun offensichtlich seinem Nachfolger, in Vietnam eine Lösung zu finden, eine friedliche Lösung, nachdem Johnson vergeblich gehofft hatte, durch die militärische Eskalation etwas erreichen zu können.

Obwohl Johnson erklärt hatte, «zu jeder Zeit und an jedem Ort» zu Gesprächen mit Nordvietnam bereit zu sein, ging der Bestimmung des Konferenzortes ein wochenlanges Seilziehen voraus, bis schliesslich Paris als Konferenzort feststand.

Lange Zeit schien es, dass beide Lager mit Genf als neutralem Konferenzort einverstanden wären, nachdem Präsident Johnson Genf ursprünglich ausdrücklich genannt und der nordvietnamesische Botschafter in Paris, Mai van Bo, in Bern Verhandlungen geführt hatte. Aber Nordvietnam verlangte von der Schweiz eine Vorleistung, die diplomatische Anerkennung Nordvietnams. Aber dazu war der Bundesrat nicht bereit, obwohl sich Bundespräsident Willy Spühler dafür ausgesprochen hatte.

Da aber Nordvietnam Gespräche aus verständlichen Gründen nur in einem Land führen wollte, in dem es eine diplomatische Mission besitzt

und damit über gute Verbindungen zu Hanoi verfügt, schied Genf als möglicher Konferenzort aus.

Das gleiche Schicksal war übrigens auch Wien beschieden, wie Österreichs Aussenminister Kurt Waldheim bei seinem Besuch in Bern bestätigte.

Keine rosige Zukunft für die SPD

sieht der bekannte und eigenwillige Kolumnist Sebastian Haffner. Im «Stern» setzt er sich mit der Situation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nach dem Nürnberger Parteitag und der Wahlniederlage in Baden-Württemberg auseinander. Die SPD sei eine «sterbende, in ihrem Selbstvertrauen und Lebenswillen gebrochene Partei». Haffner gibt der SPD für die Bundestagswahlen 1969 die Chance, noch höchstens 25 Prozent der Stimmen zu erhalten (1965 etwa 40 Prozent). Nach Haffners Prognose werden FDP und NPD zusammen 25 Prozent erreichen, so dass die einzige Frage die sei, ob CDU/CSU die absolute Mehrheit erhalten, dann würde sie allein regieren. Wenn die CDU/CSU dieses Ziel nicht erreiche, so gäbe nach Haffner die SPD einen «idealen Blutspender für eine Koalition» ab.

Weiter folgert Sebastian Haffner: «Aber auch dann (wenn die CDU/CSU allein regiert), ist die Chance, dass die SPD sich in der Opposition noch einmal erholen könnte, vertan. Als Linksopposition ist sie endgültig unglaubwürdig geworden. Als Rechtsopposition kann sie mit der NPD, als liberales Korrektiv mit der FDP nicht konkurrieren. Das Fazit: Für die SPD gibt es in der deutschen politischen Landschaft keinen Platz mehr. Die hundertjährige Rolle der SPD in der deutschen Politik ist ausgespielt.»

Auch ohne so düster zu sehen wie Sebastian Haffner, muss doch gesagt werden, dass die SPD offensichtlich von ihrer Mitwirkung in der Regierung mehr erwartet hat, mehr erwartet vor allem in bezug auf die Reaktion in der Öffentlichkeit, beim Wähler. Profitiert von der Grossen Koalition hat bisher nur die CDU. Die Erfolge der NPD gehen nicht zuletzt auf die Studentenunruhen zurück, die der SPD ebenfalls unverschuldet geschadet haben.

Die SPD wird ihren Weg suchen müssen, ihre Rolle in der deutschen Politik hat sie sicher längst nicht ausgespielt. Im Gegenteil, wenn sich die Erfolge der NPD häufen, ist es gerade die Aufgabe der SPD, dieser rechts-extremen Partei einen Riegel zu schieben, denn die CDU/CSU tut es nicht im erwünschten Masse. Eine andere Frage ist, ob man diese Bewegung mit einer Wahlrechtsreform ausschalten kann. Damit würde man nur die ausserparlamentarische Opposition fördern, die Opposition auf der Strasse. Und das liegt nicht im Interesse eines Staates. Eine Partei soll durch die bessere Politik der andern Partei bekämpft werden, nicht durch die Polizei.

Otto Schmidt